

Junge Frauen auf dem Vormarsch

Die Wahlbeteiligung ist 2019 weiter abgerutscht – überraschend stark war jedoch die Mobilisierung von Wählerinnen im Alter von 18 bis 24 Jahren



Nur zweimal in der Geschichte lag die Wahlbeteiligung tiefer als in diesem Herbst.

ALESSANDRO DELLA VALLE / KEYSTONE

PASCAL SCIARINI UND NENAD STOJANOVIĆ

Vor den eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober hatten manche Beobachter die Hoffnung geussert, dass in Folge der Mobilisierung der Jungen für das Klima und der Frauen für die Gleichstellung endlich einmal die 50%-Grenze geknackt werden würde, und zwar zum ersten Mal seit 1975. Die Wahlergebnisse haben viele Prognosen am Ende deutlich übertroffen: Eine solch überwältigende «grüne Welle» sowie die historische Zunahme des Frauenanteils von 32 auf 42 Prozent im Nationalrat war von kaum jemandem erwartet worden. Die Hoffnungen in Bezug auf die Wahlbeteiligung wurden hingegen enttäuscht: Mit 45,1% (minus 3,4 Prozentpunkte in Bezug auf 2015) wurde der dritttiefste Wert der Geschichte erreicht.

Uri und Jura ganz am Schluss

Mit Ausnahme von Appenzell Inner- und Aargau ist die Abnahme der Wahlbeteiligung in allen Kantonen festzustellen, in einigen (wie Bern, Neuenburg, Waadt, Zug) weniger als in anderen (wie Freiburg, Genf, St. Gallen, Wallis, Tessin). Der markanteste Rückgang hat in den Kantonen Uri und Jura stattgefunden

(minus 11 Prozentpunkte). Welche Faktoren können diesen für viele überraschenden Rückgang der Wahlbeteiligung erklären?

Themenspezifische und parteipolitische Konstellationen sind sicher ein Teil der Geschichte (z. B. die schwache Mobilisierung der SVP-nahen Wählerschaft bzw. die Tatsache, dass ihre Kernthemen wie etwa die Migrations- und Ausländerpolitik dieses Jahr nicht im Vordergrund standen). Ein anderer Erklärungsansatz legt den Fokus auf die demografischen Merkmale. Vielleicht sind doch, entgegen allen Erwartungen, nicht so viele Junge bzw. Frauen wählen gegangen? Oder vielleicht war die Wahlbeteiligung bei der älteren Wählerschaft dieses Jahr tiefer als sonst? Eine erste Antwort dürften die offiziellen Daten zur Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter liefern, die nur wenige Kantone (Genf, Neuenburg und Tessin) sowie einzelne Gemeinden (wie die Stadt St. Gallen) erheben.

Diese Daten zeigen, dass die Wahlbeteiligung im Allgemeinen unter den jungen Stimmberechtigten (18 bis 24 Jahre) nach wie vor tiefer war als bei der älteren Wählerschaft. Dennoch ist bemerkenswert, dass die entsprechende Differenz zwischen 2015 und 2019 abgenommen hat. In Neuenburg wurde gar

eine kleine Zunahme (+0,9%) der Beteiligen unter den 18- bis 24-Jährigen verzeichnet. In Genf, im Tessin und in der Stadt St. Gallen stellen wir zwar eine generelle Abnahme der Wahlbeteiligung verglichen mit 2015 fest, diese fällt aber

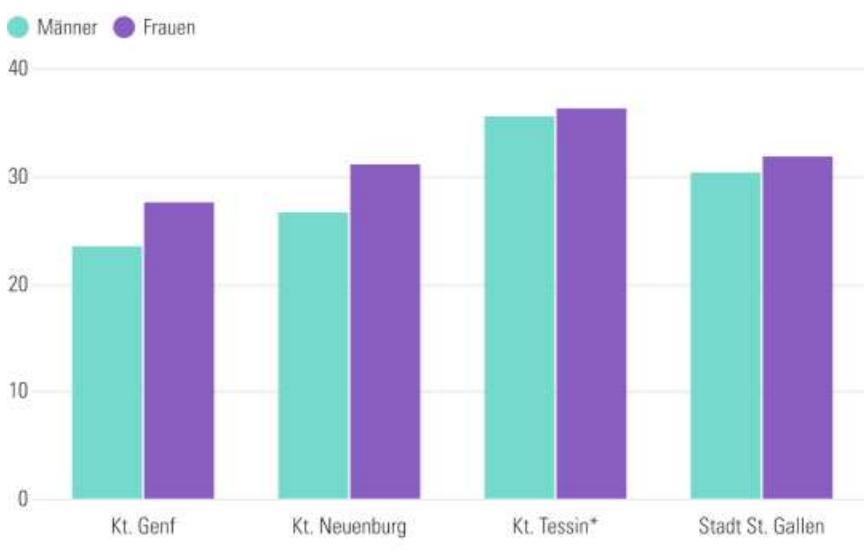
Es ist davon auszugehen, dass die Klimafrage sowie der Frauenstreik zur Mobilisierung der jungen Wählerinnen beigetragen haben.

bei den Jungen weniger markant aus als bei den älteren Stimmberechtigten.

Ausserordentlich interessant hingegen ist die starke und nach unserem Wissen präzedenzlose Mobilisierung der jungen Frauen im Herbst 2019, verglichen mit der Teilnahme der jungen Männer, und zwar in allen vier Fällen. In Genf zum Beispiel war die Wahlbeteiligung bei den Wahlen 2011 beinahe iden-

Junge Frauen strömten an die Urne

Wahlbeteiligung der 18- bis 24-Jährigen nach Geschlecht (Nationalratswahlen 2019)



* Resultate aus 53 Gemeinden

QUELLE: OCSTAT/SVE IGEI, SERVICE DE STATISTIQUE (NE), FACHSTELLE FÜR STATISTIK (SG), LISTAT (TI) NZZ / AUR

tisch tief bei Männern und Frauen zwischen 18 und 24 Jahren. Vier Jahre später ist schon ein kleiner Unterschied (plus 3 Prozentpunkte zugunsten der Frauen) bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern (18 und 19 Jahre alt) erkennbar. Im Herbst 2019 war die Differenz in der gleichen Altersgruppe noch stärker (plus 5,5 Prozentpunkte), und zum ersten Mal stellt man eine ähnliche Tendenz auch bei den 20- bis 24-Jährigen (plus 3,6 Prozentpunkte) sowie den 25- bis 29-Jährigen (plus 2,4 Prozentpunkte) fest.

Trend verstärkt sich

Ein analoges Schema finden wir auch im Kanton Neuenburg. Bei den Nationalratswahlen 2011 war noch kaum ein Unterschied zwischen der Wahlbeteiligung der jungen Männer und der jungen Frauen erkennbar. Vier Jahre später, 2015, können wir hingegen eine höhere Beteiligung der 18- und 19-jährigen Frauen beobachten (plus 4 Prozentpunkte). Im Herbst 2019 hat sich der Trend weiter bestätigt und verstärkt (plus 6,9 Prozentpunkte bei den 18- und 19-Jährigen und plus 3,6 Prozentpunkte bei den 20- bis 24-Jährigen). In der Stadt St. Gallen und im Tessin war dieser Trend weniger markant, aber er geht in die gleiche Richtung.

In relativen Zahlen ausgedrückt, ist das allgemeine Bild noch spektakulärer: In Genf und Neuenburg lag die Wahlbeteiligung der jungen Frauen dieses Jahr 25 Prozent (18- und 19-Jährige) bzw. 15 Prozent (20- bis 24-Jährige) höher als bei den Männern der gleichen Altersgruppe. Es ist davon auszugehen, dass die Klimafrage sowie der Frauenstreik vom 20. Oktober 2019 keine massive Mobilisierung der Jungen zeigen, sondern eher eine weniger starke Demobilisierung im Vergleich zu den älteren Stimmberechtigten. Der entsprechende Unterschied ist vor allem mit der stärkeren Beteiligung der jungen Frauen zu erklären. Dies ist ein wichtiges Fazit der diesjährigen Wahlen.

Weiterer Artikel auf Seite 17

Die Autoren sind Professoren für Politikwissenschaft an der Universität Genf.

Per Los in den Waadtländer Staatsrat

Ein zufällig ausgewählter Aktivist soll den Klimastreik in die Kantonsregierung tragen – dort müsste er sich dann stets mit der Bewegung absprechen

ANTONIO FUMAGALLI, LAUSANNE

Man kann nicht sagen, dass die Aktivist:innen der Bewegung Klimastreik mimosenhafte wären: Bei rund fünf Grad Aussen- und eisigem Wind baten sie am Donnerstagsmorgen die Medien vors Lausanner Schloss, das Zentrum der Waadtländer Macht. Im Halbkreis sitzen sie am Boden, kontrollieren mittels Strichliste, dass Frauen und Männer gleich viele Wortmeldungen haben, und kommunizieren untereinander mit Handzeichen wie Händeschütteln oder der Verschränkung der Arme. Vor jeder Frage der Journalisten sprechen sich die mehrheitlich knapp volljährigen Aktivist:innen kurz ab, wer die Antwort geben soll. Eine Vorsteherin oder einen Ansprechpartner gibt es nicht.

Die Botschaft dahinter lautet: Wir sind keine Einzelpersonen, wir sind eine Bewegung. Und als diese wollen sie nun – zumindest vordergründig – in die

Waadtländer Regierung einziehen, bei der es voraussichtlich am 9. Februar zu einer Erstwahl kommen wird. Doch weil auf einer Wahlliste für ein Exekutivamt keine Gruppierung, sondern der Name einer wählbaren Person stehen muss, greifen sie zu einem Kniff, den es gemäss Angaben der Staatskanzlei im Kanton Waadt noch nie gegeben hat: Sie wollen ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten kurz vor Ablauf der Anmeldefrist am 23. Dezember per Los auswählen. «Es kommt nicht darauf an, wer es ist, da wir keine personalisierte, sondern eine kollektive Kampagne führen wollen», sagt eine der Sprecherinnen und Sprecher.

Systemwechsel als Ziel

Ein eigentliches politisches Programm präsentieren die Aktivist:innen nicht. Einer sagt: «Wir heissen Klimastreik – da ist klar, was unsere Thematik ist.» Ein ande-

rer wirft ein: «Wir sind nicht hier, um wie die normalen Parteien ein Programm zu präsentieren, das besser sein soll als dasjenige der Konkurrenz.» Denn das eigentliche Ziel ist ein anderes: Die Leute wollen das System ändern. Keine Wahl und keine Partei könne je den notwendigen Wandel herbeiführen, heisst es im Redetext, den sie ablesen. Es brauche eine Lebensführung, die im Einklang mit den Ressourcen unseres Planeten stehe. Jede Antwort, welche diese Herausforderung ernst nehme, müsse deshalb «uner sozioökonomisches und politisches System radikal infrage stellen».

Trotz diesen militanten Worten benutzen die Klimaaktivisten nun aber den institutionellen Weg und würden im Erfolgsfall also Teil des von ihnen bekämpften «Systems» werden. Einen Widerspruch erkennen sie darin nicht. Sie wollen auf ihre Sache aufmerksam machen und «gar nicht einmal unbedingt gewählt werden», wie einer frei-

mütig sagt. Sie sind sich auch bewusst, dass ihre Wahlchancen gegen null tendieren. Vor diesem Hintergrund kann die Bewegung Fragen zur Praktikabilität eines allfälligen Klimastreik-Sitzes im Waadtländer Staatsrat nicht beantworten. Etwa: Wie sollen Sitzungsgeheimnis und Kollegialitätsprinzip eingehalten werden, wenn die ganze Bewegung mitdiskutieren will? Sie sagen, dass sie die «Black Box», in der die Entscheide gegenwärtig gefällt würden, ohnehin ablehnten und man für die technischen Details schon eine Lösung finden werde, «zum Beispiel via Skype».

Wahlgang für 500 000 Franken

Die Waadtländer Staatskanzlei weist solche Ideen jedoch nur schon aus Gründen der Effizienz als «völlig unvorstellbar» zurück. Wer die Regeln der Kollegialität nicht einhalte, habe

«mitsamt seiner Sache von vornherein verloren», so Staatskanzler Vincent Grandjean.

Bis anhin hat erst die FDP, deren Sitz frei wird, ihre Ambitionen auf den Posten kundgetan, und mit Christelle Luisier steht die Kronfavoritin schon bereit. Die anderen grossen Parteien verzichten wohl auf eine Kandidatur, womit sogar eine stille Wahl denkbar gewesen wäre. Dieses Szenario wird nun aber obsolet, wenn die Klimaaktivisten ihren Plan durchziehen und damit den Kanton – sofern es die einzige Gegenkandidatur bleibt – 500 000 Franken für die Durchführung des Wahlgangs «kosten». Die Klima-streik-Bewegung weist diese Rechnung zurück, denn die FDP habe keinen Anspruch auf den Sitz. Zudem sei das Geld für die öffentliche Debatte gut investiert und angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise sogar noch zu knapp bemessen.

Die Lega steckt in der Krise

Die Partei bekundet Mühe, ihre Vergangenheit als Tessiner Protestbewegung zu überwinden

PETER JANKOVSKY, LUGANO

Die Lega dei Ticinesi ist ein Sonderfall. Als rein kantonale, populistische Partei wurde sie kurz nach ihrer Gründung 1991 auf Anhieb vierstärkste Kraft im Tessiner Grossen Rat und entsendet seither auch einen oder zwei Vertreter in den Nationalrat. Der zweite Quantensprung erfolgte 2011, als die Rechtspopulisten zur zweitstärksten Kraft im kantonalen Parlament avancierten. Darüber hinaus erlangten sie mit zwei Staatsräten sogar die relative Mehrheit in der fünfköpfigen Kantonsregierung. Ein rasanter politischer Aufstieg, der auch durch den Tod des Gründers und Übervaters der Lega, Giuliano Bignasca, im Jahr 2013 nicht gebremst wurde.

Doch die kürzlich erfolgten nationalen Wahlen haben gezeigt: Mittlerweile steckt die Lega in einer anhaltenden Abwärtsspirale. Nicht einmal die Listenverbundung mit der SVP konnte den Verlust des zweiten Lega-Nationalratsplatzes verhindern – Roberta Pantani musste zugunsten der Tessiner Grünen Greta Gysin seine Zelte in Bern abbrechen. Auch die Kandidatur für einen Sitz im Stöckli scheiterte an einer zu geringen Stimmenzahl. Der an diesem Wochenende anstehende zweite Wahlgang geht also ohne die Rechtspopulisten über die Bühne.

Legist attackiert Legisten

Im Vorfeld des ersten Wahlgangs war bekanntgeworden, dass Lega-Ständerratsanwärter Battista Ghiggia eine italienische Grenzgängerin als Sekretärin beschäftigt. Dies hatte negativen Einfluss auf seine Kandidatur. Nach dem ersten Wahlgang verlor der gescheiterte Ghiggia dann die Fassung: Via Medien attackierte er Bignascas Sohn Boris wegen mangelnder Solidarität. Denn Boris Bignasca hatte sich über die sozialen Netzwerke auch positiv über Kandidatinnen anderer Parteien geäussert. Das alles ist eher ungewöhnlich für die sonst so geschlossen auftretende Lega.

Anzeichen für Risse gab es aber schon früher. Bignasca hatte zwei Monate vor den nationalen Wahlen in einem Facebook-Eintrag verkündet: «Diese Lega hätte meinem Vater nicht gefallen.» Damit meinte er eine Lega,



Lega-Staatsrat Norman Gobbi musste am Wahlsonntag ein schwaches Abschneiden seiner Partei zur Kenntnis nehmen. D. AGOSTA / KEYSTONE

die der Kantonsregierung nach dem Mund rede und sich nicht mehr unter die Leute mische, um ihre Sorgen zu erkennen und Unterschriften zu sammeln. Zuvor hatte Grossrat Bignasca in einem NZZ-Interview Ende Juli erklärt, seine Fraktion im Kantonsparlament sei zu stark vom magistralen Flügel geprägt gewesen. Und Luganos Lega-Stadtpresident Marco Borradori sagte im selben Interview, man habe wohl sehr viel Terrain in zu kurzer Zeit erobert – die noch junge Lega sei die Macht nicht gewohnt.

Das Problem: Die Lega wurde aus Protest gegen die traditionellen Tessiner Parteien und die EU gegründet – doch inzwischen sind die Rechtspopulisten selber Teil des Establishments. Denn sie haben viel Exekutivverantwortung und sind somit zu konsensorientiertem Verhalten verpflichtet.

Das Malaise in den Lega-Reihen wird nicht nur durch den jüngsten Misserfolg auf nationaler Bühne befeuert. Vor allem der Verlust von vier Sitzen im Grossen Rat bei den kantonalen Wahlen vom letzten April hat eine interne Erschütterung ausgelöst. Dies, obwohl die Rechtspopulisten zweitstärkste Kraft geblieben und die Grünen mit sechs Sitzen weiter auf der Stelle treten. Die einst so aufmümpfig agierende Protestbewegung zählt also den Preis der Macht: Die magistrale Lega-Fraktion droht vollends das Ruder zu übernehmen, was dem rebellisch-sozialen Flügel um Boris Bignasca nicht behagt. Zudem ist nun starker Druck von der Wählerschaft her aufgekommen.

Die Flut der italienischen Grenz-gänger, das damit verbundene Lohn-dumping, der Schutz des heimischen Arbeitsmarktes – auf diese typischen

Lega-Themen haben sich in der Zwischenzeit alle Tessiner Parteien mehr oder minder eingeschossen. Hierbei hat die kleine Tessiner SVP-Sektion, die bisher im Schatten der mächtigen Lega agierte, besonders gute Karten. Denn sie hatte 2016 erfolgreich die Initiative «Zuerst die Unrigen» zugunsten eines kantonalen Inländervorrangs lanciert, was eigentlich von der Lega hätte kommen müssen. So erstaunt es wenig, dass die SVP letzten Frühling ihre Sitze im Grossen Rat um zwei auf sieben aufstoc-ken konnte.

Die SVP mit guten Karten

Nun ist der im Amt bestätigte Tessiner SVP-Nationalrat Marco Chiesa so richtig in Fahrt gekommen. Er kandidierte Ende Oktober auch für den Ständerat, überholte dabei punkto Stimmenzahl

sogar den FDP-Kandidaten Giovanni Merlini und kam relativ nahe an das beliebte Ständerats-Urgestein Filippo Lombardi von der CVP heran. Und beim zweiten Wahlgang vom kommenden Sonntag hat Chiesa weiterhin gute Chancen, auch wenn ihm nebst Merlini die bisherige Nationalratspräsidentin, die Tessiner SP-Frau Marina Carobbio, dicht auf den Fersen ist.

Was also sollen die Rechtspopulisten tun? Macht abgeben und wieder stark auf Opposition machen kommt ja wohl nicht infrage. Also setzt man zunächst einmal auf eine Reform der Führungsstruktur. Bekanntlich verfügt die Lega über kein richtiges Parteiprogramm, und die nicht gerade urdemokratisch wirkende Führungsriege besteht aus zwanzig sogenannten «Obersten». Zu diesen gehören unter anderem Grossrat Bignasca, Luganos Stadtpresident Borradori, die beiden Lega-Staatsräte Claudio Zali und Norman Gobbi – Letztergenannter ein ehemaliger Bundesratskandidat der SVP Schweiz – sowie sämtliche Mitglieder der Lega-Kantonsratsfraktion.

Doch eine echte Parteispitze?

Ein solches Führungsgremium sei schwerfällig und für die Wählerschaft zu diffus, wird bemängelt. Daher diskutiert die Lega jetzt über die Schaffung einer Parteispitze, die aus vier bekannten Köpfen bestehen würde: Boris Bignasca, Ex-Nationalrätin Pantani, Staatsrat Gobbi und Luganos Finanzchef Michele Foletti. Die Zeit für eine innere Reform drängt, denn die Gemeindevahlen vom kommenden April rücken näher – der nächste schwere Prüfstein für die Lega. Besonders spannend wird die Lage in Lugano, der Wiege und Hochburg der Rechtspopulisten, wo sie indirekt bereits an Terrain verloren haben.

Die Lega muss sich gewissermassen neu erfinden. Sie darf aber nicht zu stark mit der SVP fraternisieren, um nicht noch mehr Wählerstimmen zu verlieren. Wie Tessiner Politikkommentatoren festhalten, sollte die Lega eine interne Demokratisierung vorantreiben. Ebenso eine «Normalisierung» in Richtung einer regulären Partei. Der Weg zurück zur rebellischen Protestbewegung scheint in der Tat ausgeschlossen.

Höchstens 1 Million Franken für Topkader

Nationalratskommission schlägt Lohndeckel in Bundesbetrieben vor

(sda) · Lohnexzesse beim Bund sollen künftig vermieden werden. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK) hat dazu eine Gesetzesänderung in die Vernehmlassung geschickt. Diese geht zurück auf eine parlamentarische Initiative der ehemaligen SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer. Sie hatte verlangt, dass die Kader von Bundes- oder bundesnahen Unternehmen nicht mehr verdienen dürfen als ein Bundesrat. Die Kommissionen beider Räte stimmten dem zu. In der Debatte setzte sich allerdings die Meinung durch, dass nicht der eigentliche Bundesratslohn von 475 000 Franken die Obergrenze darstellen sollte, sondern die um Nebenleistungen und vor allem um den kumulierten Rentenanspruch ergänzte Gesamtentlohnung. So kommt ein Lohn von ungefähr einer Million Franken pro Jahr zusammen. Ein Lohndeckel in dieser Höhe soll künftig für die Topkader von SBB, Post, Swisscom, Ruag, Skyguide, Sava und SRG gelten.

Die Grenze wurde letztes Jahr nur bei Post und SBB überschritten: Gemäss Kaderlohnreporting 2018 betrug die höchste Entlohnung bei der Post 1,28 Millionen Franken, bei den SBB lag sie bei gut 1,2 Millionen Franken.

erwies sich aber vor allem die «vollzugsbegleitende ambulante Massnahme», die das Obergericht nach einem mehrtägigen Hin und Her ebenfalls aussprach. Eine solche Massnahme bedeutet, dass der Täter während des Strafvollzugs psychiatrisch behandelt wird. Sie darf nur ausgesprochen werden, wenn der Täter drogenabhängig oder «psychisch schwer gestört» ist – und die Rückfallgefahr durch eine Behandlung verringert werden kann. Nahezu identische Voraussetzungen gelten auch für stationäre Massnahmen nach Artikel 59 des Strafgesetzbuches – im Volksmund «kleine Verwahrung» genannt.

Seit einiger Zeit aber streiten Strafverteidiger, Forensiker und Psychiater darüber, was unter einer schweren «psychischen Störung» zu verstehen ist. Bisher galt: Es muss eine Diagnose vorliegen, die in einem anerkannten Klassifikationssystem für medizinische Diagnosen aufgeführt, also sozusagen katalogisiert ist. Das bekannte System ist das ICD-10 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) und wird von der WHO ausgeben. Kritiker beklagen indes schon seit einiger Zeit, solche Systeme seien im Zusammenhang mit der Anordnung von Therapien problematisch und zu eng gefasst: «Man begegnet immer wieder gefährlichen Tätern, die zwar psychiatrisch auffällig sind, aber

Gefährlicher Dominanzfokus

Das Bundesgericht folgt nun dieser Argumentation im Entscheid zum Aargauer Guru. Bei ihm stellten die Gutachter eine akzentuierte narzisstische Persönlichkeit und einen Dominanzfokus fest. Das stelle zwar keine psychische Störung im engeren Sinne dar. Tatsächlich ist eine solche Diagnose in Systemen wie dem ICD-10 nicht aufgeführt. Doch gerade der Dominanzfokus hat laut dem Bundesgericht eine «sehr hohe Bedeutung für das Tatverhalten». Es handle sich um langanhaltende deliktrelevante «Persönlichkeitsmerkmale mit Krankheitswert». Das reiche aus, um eine schwere psychische Störung im massnahmenrechtlichen Sinn anzunehmen.

Mit dieser Sichtweise, die einen eigentlichen Kurswechsel zur Folge haben dürfte, erhalten Richter gegenüber der bisherigen Praxis einen deutlich grösseren Handlungsspielraum. Im fraglichen Fall geht es zwar nur um eine vollzugsbegleitende Massnahme – doch der neue Massstab gilt wohl auch im Bereich der «kleinen Verwahrung». Strafverteidi-

DANIEL GERNY

«Die sexuelle Befriedigung des Meisters» sei die einzige Befreiung von der Dunkelheit: Mit Drohungen dieser Art forderte ein selbsternannter Zen-Mediator vor gut zehn Jahren von mehreren «Schülerinnen» sexuelle Handlungen ein. Der Mann ging systematisch und skrupellos vor, wie ein neues Bundesgerichtsurteil zeigt. Er hat die Lebensführung seiner Opfer umfassend bestimmt und bezeichnete die Welt ausserhalb seiner Meditationsschule als gefährliche Dunkelheit. Eine der Schülerinnen fürchtete bei Ablehnung des «Meisters» gar den Tod. Es kam zu sexuellen Handlungen und Gewalt. Zahlreiche Frauen wurden Opfer von sexuellen Übergriffen. Kontrolle, Verachtung und Erniedrigung prägten das Verhältnis zwischen Täter und Opfern – auch das geht aus dem Bundesgerichtsentscheid hervor, der derzeit in Juristenkreisen für heftige Diskussionen sorgt.

Streit um Diagnose

Denn der Entscheid aus Lausanne könnte weitreichende Folgen haben. Ursache für die Debatte sind jedoch nicht in erster Linie die erschreckenden Taten des Gurus. Der selbsternannte spirituelle Meister wurde vom Aargauer Obergericht zu einer mehrtägigen Gefängnisstrafe verurteilt. Als umstritten